

8/SN-290/ME

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 2060

Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr

Wien 1, Herrngasse 11 - 13

zu erreichen mit:

U 3 (Haltestelle Herrngasse)

2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales
Stubenring 1
1010 Wien

Beilagen

LAD-VD-9113/47

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Bezug

34.401/6-3a/92

Bearbeiter

Dr. Grünner

(0 22 2 531 10

Verteilt

Durchwahl

2152

3. Nov. 1992

Betriebs GEGENSTANDSWURF	
Zl. 1024	GE/19
Datum: 10. NOV. 1992	
12. Nov. 1992	Ba

Betrifft

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert werden (Beschäftigungssicherungsgesetz - BSG)

Die NÖ Landesregierung beehrt sich mitzuteilen, daß gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert werden (Beschäftigungssicherungsgesetz - BSG), keine Einwendungen erhoben werden.

Zum Ausländerbeschäftigungsgesetz wären jedoch folgende Anregungen für Änderungen vorzuschlagen:

1. Das AuslBG normiert im § 28a die Parteistellung des Landesarbeitsamtes im Verwaltungsstrafverfahren und dessen Beschwerderecht im Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof, enthält aber keine näheren Regelungen dafür, welches Landesarbeitsamt diese Aufgaben wahrzunehmen hat. Diese Regelung hat in der Praxis zu unterschiedlichen Ansichten einerseits zwischen einzelnen Landesarbeitsämtern als auch zwischen Landesarbeitsämtern und unabhängigen Verwaltungssenaten geführt. Nach Ansicht der NÖ Landesregierung kann das im jeweiligen Verwaltungsstrafverfahren örtlich für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 28a AuslBG zuständige Landesarbeitsamt nur jenes sein, in dessen Sprengel die Übertretung

nach § 28 Abs. 1 Z. 1 lit. a AuslBG begangen wurde.

Der Versuch, jenes Landesarbeitsamt, das die Aufgabe nach § 28a AuslBG wahrzunehmen hat, unter Berücksichtigung der Zuständigkeitsregelungen der §§ 19 und 20 AuslBG zu ermitteln,

ist zum Scheitern verurteilt, weil für die Erteilung einer Beschäftigungsbewilligung, eines Befreiungsscheines und einer Arbeitserlaubnis durchaus unterschiedliche Arbeitsämter zuständig sein können, die nicht im Sprengel desselben Landesarbeitsamtes liegen.

Es wird daher eine gesetzliche Klarstellung dahingehend angeregt, daß jenes Landesarbeitsamt die Aufgaben nach § 28a AuslBG wahrzunehmen hat, in dessen Sprengel der Tatort gelegen ist.

2. Im § 28 Abs. 1 Z. 2 lit. a AuslBG sollte die Zitierung des § 3 Abs. 3 entfallen. Für den Fall, daß eine Anzeige gemäß § 3 Abs. 3 AuslBG durch den Betrieb nicht fristgerecht erstattet wird, hat diese nämlich zur Folge, daß der Übergang der Beschäftigungsbewilligung nicht erfolgt. Die Beschäftigung eines Ausländers ist daher ohnedies nach § 28 Abs. 1 Z. 1 lit. a AuslBG strafbar.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung

Dr. P r ö l l

Landeshauptmann

- 3 -

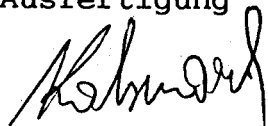
LAD-VD-9113/47

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung
Dr. P r ö l l
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung



Kopie d. Amtes d. NÖ Landesregier

